

IMV Institut für  
Medienverantwortung  
gemeinnützige UG  
(haftungsbeschränkt)  
Goethestraße 6  
91054 Erlangen

**Kolumne**, 13.10.2010

© Dr. Sabine Schiffer

Fon +49 9131 933 277-8  
Fax +49 9131 933 277-9  
[www.medienverantwortung.de](http://www.medienverantwortung.de)  
[info@medienverantwortung.de](mailto:info@medienverantwortung.de)

## Rechtsruck in Deutschland?

Es ist kein subjektiver Eindruck der Betroffenen: Umfragen belegen, Fremden- und Islamfeindlichkeit nehmen zu, und die aktuellen Debatten jagen den Geschichtsbewussten einen wahren Schrecken ein: Vererbungslehre statt Soziologie, Rassismus statt Analyse. Wer Stimmen am rechten Rand einfangen will, ohne die Frage zu stellen, wie die „rechtspopulistischen“ Einstellungen groß geworden sind, bedient den rechten Rand – stärkt Nationalismus und Rassismus. Diese wissenschaftlich belegte Relation wird aber in der öffentlichen Debatte negiert und so schürt man munter weiter Hass und Ablehnung. Auch wenn Rechtsparteien in Deutschland nicht in dem Ausmaß gewählt werden, wie in anderen Ländern, so gibt es wichtige Signale: Pro-Bewegungen übernehmen teils die Rolle rechtsextremer Parteien. Und das Konzept vom „nützlichen Menschen“, das die verfehlte Wirtschaftspolitik überdeckt, macht sich in allen Schichten breit und legitimiert die Ausgrenzung aller negativ Markierten: Alte, Hartz IV-Empfänger, Ossi, Türken, Muslime....

Nach der „Ausländer“-Debatte mit Szenarien von „vollen Booten“, „Fluten“ und den Brandanschlägen der 1990er Jahre reagierte die Politik ähnlich wie heute: „Man muss die Ängste der Menschen (= Deutschen) ernst nehmen!“ Unter dem Begriff „Zuwanderung“ wurde Einwanderung erschwert und das Asylrecht fast abgeschafft. Die Globalisierungsverlierer, die ihre Menschenrechte einfordern, sterben nun an den Außengrenzen der EU. Kampagnen wie „Kinder statt Inder“ sprachen von je her dem „Multi-Kulti“-Konzept Hohn, das tatsächlich nie realisiert war – weshalb es auch nicht scheitern konnte. Wie die Behauptung von „Integrationsverweigerung“ hat sich auch die Unterstellung vom gescheiterten „Multi-Kulti“ etabliert – beides wird auch von den Betroffenen des Ausgrenzungsdiskurses brav wiederholt. Dagegen ist belegt, dass etwa antiislamische Ressentiments mindestens seit der Iranischen Revolution, also seit Jahrzehnten, geschürt werden. Dieses lange kultivierte Unbehagen, das weit über die Nennung von negativen Fakten in der sog. islamischen Welt hinaus geht, lässt sich heute von den eigentlich verantwortlichen Entscheidern wie beispielsweise Sarrazin und Seehofer abschöpfen. Es gibt also keinen Rechtsruck, sondern ein beständiges Rücken nach rechts – in das grundgesetzliche Aus.

Der Verstoß gegen die eigene Verfassung und die Menschenrechte macht sich aber nicht primär an der Religionsfreiheit fest, sondern an der Nichtlegitimiertheit von Diskriminierung. Es wäre gut, wenn das die Betroffenen nachvollziehen und nicht in die aufgestellten Diskursfallen tappen. Manche Behauptungen sind so unwürdig, dass man sie als solche auch bloßstellen muss, und bei verschwörungstheoretischen Anmachten à la Alice Schwarzer muss man nun wirklich nicht noch in Rechtfertigungen verfallen.

So langsam kommen ja auch wieder die besonneneren Stimmen zu Wort – jenseits der großen Aufmerksamkeitswelle der angeheizten Mediendebatte – wie heute auf BR5 zu hören war: ein türkischer Unternehmer und seine Frau wundern sich über die Töne des bayerischen Ministerpräsidenten, bringen durchaus ihre Verletztheit zum Ausdruck, aber verfallen in keine Defensive. Im Gegenteil, auch die Mehrheit der Zuhörer dürfte sich anschließend wundern, da es diesen Unternehmer mit 14 Angestellten und vor einem vollen Saal referierend ja eigentlich gar nicht gibt. Allerdings wissen diejenigen, die die aktuellen Statistiken studieren, dass genau das Angst zu machen scheint – die Konkurrenz für den (deutschen) Mittelstand. Die Debatte nimmt inzwischen Züge eines Abwehrkampfes gegen die erfolgreiche „Integration“ an. Und über die an einer solchen Ersatzdebatte interessierten Banker und Finanzjongleure gibt es freilich keine Talkshow. Und sie beziffern auch nicht die Kosten des Rassismus, der fähige und willige Menschen vom Arbeitsmarkt ausgrenzt.